

Reaktionen auf den Brief von Schütz an Stoph

29. Februar 1968

Einzelinformation Nr. 226/68 über erste Reaktionen aus führenden Kreisen in Westberlin im Zusammenhang mit dem Brief von Schütz an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 1450, Bl. 1–2 (2. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Stoph – MfS: Ablage.

Datum

Zusätzlicher Datumseintrag vom 29.2.1968.

Verweise

Informationen [112/68](#), [177/68](#), [178/68](#) und 204/68 (BStU, MfS, HA XX/ZMA 243, Bl. 45–47).

Aus führenden politischen Kreisen um den Regierenden Bürgermeister von Westberlin, Schütz,¹ wurden im Zusammenhang mit dem an den Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Genossen Stoph,² gerichteten Brief vom 28.2.1968³ intern folgende Einzelheiten bekannt: Schütz sei zu einem längeren vertraulichen Gespräch, das gegebenenfalls über vier Stunden dauern könnte, mit Genossen Stoph bereit. Die Westberliner Seite sei sicher, dass ein solches Gespräch dazu beitragen könnte, die Lage wesentlich »zu entkrampfen«. Die diesbezüglichen Bemühungen kämen in dem »ordentlich adressierten« Brief mit dem Vorschlag über den Abschluss eines neuen Passierscheinabkommens für Ostern 1968 zum Ausdruck.⁴ Die Bonner Regierung würde über die neuen Schritte des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin erst am 29.2.1968 informiert.

Die politischen Kräfte aus der Umgebung von Schütz seien bemüht, das Auftreten von Schütz gegenüber der DDR-Seite zu verteidigen und zu rechtfertigen.

Schütz sei alles andere als ein Faschist. Das ND habe entstellt über seine Ansprache auf der Kundgebung am 21.2.1968 in Westberlin⁵ berichtet.⁶ Die Kundgebung habe Schütz veranlasst, um weitaus Schlimmeres zu verhüten. Flüchtlingsverbände und andere Organisationen hätten Anträge auf Gegenkundgebungen gestellt. Die Westberliner Bevölkerung, vor allem auch Arbeiter, würden laufend Aktionen gegen die außerparlamentarische Opposition fordern. Noch heute gingen täglich viele Briefe mit solchen Forderungen ein. Die roten Fahnen der Demonstranten hätten einen Schock ausgelöst und alle Rechtsradikalen mobilisiert. Die politische Führung in Westberlin sähe in den Rechtsradikalen den Hauptgegner, nicht in der Bewegung des »Sozialistischen Deutschen Studentenbundes«.⁷ Bekannt gewordene Äußerungen des Leiters des Büros beim Regierenden Bürgermeister, Günter Struve,⁸ besagen, dass er selbst auch gegen das ursprüngliche Demonstrationsverbot sowie gegen die Kundgebung vom 21.2. gewesen sei. Die DDR dürfe nach Meinung von Struve jedoch nicht übersehen, dass Schütz auf der Kundgebung u. a. auch vom Frieden gesprochen und keiner die DDR, die Sowjetunion oder Vietnam angegriffen hätte.

Wie Struve weiter äußerte, habe er kürzlich die DDR wieder »gegen Angriffe tschechischer Künstler verteidigt«, die die DDR als »russisches Albanien« bezeichnet hätten.

Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quellen nicht öffentlich ausgewertet werden.

1

Klaus Schütz, Jg. 1926, SPD-Politiker, 1967–77 Regierender Bürgermeister von Westberlin.

2

Willi Stoph, Jg. 1914, SED-Funktionär, 1964–73 Vorsitzender des Ministerrates der DDR.

3

Das Schreiben (BArch DC 20/17258) wurde nie veröffentlicht. Vgl. Den Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 4.3.1968 (abgedruckt in: DzD, V/2, S. 276 f.) sowie den Kommentar von ADN vom gleichen Tage: Schütz schreibt und provoziert weiter. In: ND v. 4.3.1968, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19680304-0-2-36-0> (letzter Zugriff: 1.7.2018), auch in: Dokumente zur Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik 1968. Bd. XVI, 1. Halbband. Berlin 1971, S. 296 f.

4

Das vierte Passierscheinabkommen war für Besuche zu Ostern und Pfingsten 1966 abgeschlossen worden. Bis zum vierseitigen Abkommen der Alliierten von 1971 und dem Verkehrsabkommen zwischen Bundesrepublik und DDR 1972 sollte es keine Besuchsmöglichkeiten für Westberliner in den Ostsektoren der Stadt mehr geben.

5

An der vom Abgeordnetenhaus organisierten Kundgebung nahmen am 21.2.1968 ca. 150 000 Menschen teil. Vgl. Drogmann, Joachim: Chronik 1968. Ereignisse in und um Berlin. In: Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin 1990. Berlin 1990, S. 229.

6

Vgl. Pogromhetze Schütz' im Nazistil. In: ND v. 23.2.1968, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19680222-0-1-11-0> (letzter Zugriff: 1.7.2018).

7

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) – 1946 gegründeter Studentenverband, der bis 1961 der SPD nahestand. Seit Mitte der 1960er Jahre eine der wichtigsten Organisationen der außerparlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik. Zerfiel 1970.

8

Günter Struve, Jg. 1940, Verwaltungsbeamter, 1967–77 Büroleiter des Regierenden Bürgermeisters Westberlins.